



direkt

- 2** „Kinderförderungsgesetz“ versus Wahlfreiheit der Eltern?
- 3** Im Ausland Zwangsverheiratete: Rückkehrrecht nicht ausgeweitet
- 4** Internetportal will Arbeiterkindern die Angst vor dem Studium nehmen
- 5** Studie zur Sprachentwicklung: Migranten-Väter besonders wichtig
- 6** Pädiater: „Kindeswohl ist wichtiger als Datenschutz“
- 7** Umweltexperte Klaus Töpfer: Der Klimawandel findet statt
- 8** UN-Hochkommissarin Louise Arbour beendet ihre Amtszeit
- 9** EU-Justizminister: Beim Scheidungsrecht uneins
- 10** Neue kfd-Bundesvorsitzende und ein neues Leitbild
- 11** 80 Jahre kfd-Bundesverband: Festakt mit Kanzlerin Merkel
- 12** Berlin: Lobbyarbeit für das Rentenmodell der Verbände

Juli 2008

*Informationsdienst
der Katholischen Frauengemeinschaft
Deutschlands*

BUNDESMINISTERIUM:**Das Ehrenamt wird zum Forschungsobjekt**

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend untersucht erstmals mittels wissenschaftlicher Begleitforschung die Vielfalt und die besonderen Wirkungen des bürgerschaftlichen Engagements in Deutschland. Erstellt wird der Bericht zur Initiative ZivilEngagement „Miteinander – Füreinander“ durch das Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung; erste Ergebnisse sollen im Frühsommer 2009 vorliegen.

14 HANDLUNGSFELDER:**Integrationsmonitoring soll Erfolge messen**

(KNA/bro) Die Bundesregierung will die Erfolge der Integrationspolitik wissenschaftlich überprüfen. Die Integrationsbeauftragte, Staatsministerin Maria Böhmer (CDU), legte dem Kabinett die Konzeption für ein bundesweites „Integrationsmonitoring“ vor. Die Überprüfung wird anhand von 100 Kriterien zu 14 zentralen Handlungsfeldern der Integrationspolitik erfolgen. Die Erhebung soll erstmals in dieser Wahlperiode erprobt und als „Integrationsindikatorenbericht“ veröffentlicht werden.

DRITTER BERICHT:**Chancengleichheit ungleich bilanziert**

(bro) Zum dritten Mal bilanzierten Bundesregierung und Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft die „Vereinbarung zur Förderung der Chancengleichheit von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft“. Während die Pressestelle des Bundesfrauenministeriums von „Fortschritten, allerdings mit unterschiedlichem Tempo“ berichtet, spricht der Deutsche Juristinnenbund von „Stagnation auf niedrigem Niveau“ und fordert ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft. Der Bericht im Netz: www.bmfsfj.de, *Publikationen*.

ANHÖRUNG IM BUNDESTAGSAUSSCHUSS:**Kinderförderungsgesetz versus Wahlfreiheit?**

Der von der großen Koalition geplante Ausbau der Kinderbetreuung ist bei einer Bundestagsanhörung überwiegend auf Zustimmung gestoßen. Der Direktor des Deutschen Jugendinstituts, Thomas Rauschenbach, sagte am 23. Juni im Familienausschuss, das Vorhaben begeistere ihn geradezu.

(KNA) Seine Begeisterung erklärte Rauschenbach damit, dass die Politik erstmals Kinder herkunftsunabhängig auf breiter Ebene fördern wolle. Mit dem „Kinderförderungsgesetz“ soll bis 2013 für jedes dritte Kind unter drei Jahren ein Betreuungsplatz zur Verfügung stehen. Damit soll ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz einhergehen. Das Gesetz sieht zudem die Einführung eines Betreuungsgelds ab 2013 vor. In einer schriftlichen Stellungnahme mahnte das Kommissariat

der deutschen Bischöfe an, echte Wahlfreiheit der Eltern ernst zu nehmen und zu fördern. Der Staat dürfe nicht nur Anreize für Betreuung setzen.

Zu erwägen sei, ob es nicht generell eine Leistung im Anschluss an das 12 bis 14 Monate gezahlte Elterngeld geben solle. Weiter mahnten die Bischöfe, dass aus dem Anspruch auf frühkindliche Förderung nicht schleichend eine Pflicht zur Inanspruchnahme werde. Der Bevollmächtigte der Evangelischen Kirche in Deutschland sprach mit Blick auf das Betreuungsgeld von Fehlanreizen für arme Familien.

Rauschenbach nannte es wie auch andere Experten notwendig, neben der Quantität des Betreuungsausbaus konsequent die Qualität zum Leitmaßstab zu machen. Er warnte davor, private Träger einfach rechtlich mit gemeinnützigen Anbietern gleichzustellen, ohne fachliche Standards und Eckwerte festzulegen. Ähnlich äußerten sich andere Sachverständige. Norbert Struck vom Paritätischen Gesamtverband sagte, private Träger würden sich am Ausbau der Betreuung nur dort beteiligen, wo sie zuverlässig

UMSETZUNG DER CEDAW-VEREINBARUNGEN:**Netzwerk legt Schattenbericht vor**

(djb) 29 Frauenverbände erarbeiten zurzeit in einem Netzwerk einen Alternativbericht zum Staatenbericht der Bundesregierung zur Vorlage bei CEDAW. Eine Delegation des Netzwerkes wird am 21. Juli mit dem UN-Ausschuss in New York sprechen. Er bereitet dort seine 43. Sitzung im Januar 2009 in Genf vor.

In diesem Jahr wird sich der Ausschuss erneut mit dem Stand der Umsetzung der CEDAW-Vereinbarungen in Deutschland beschäftigen. Die Vertreterinnen des deutschen Netzwerkes werden Defizite in der Umsetzung von CEDAW vor dem Ausschuss benennen und Vorschläge für eine Stärkung der Frauenrechte in der Bundesrepublik unterbreiten.

CEDAW (The United Nations Committee on the Elimination of Discrimination against Women) ist der UN-Ausschuss für die Beseitigung der Diskriminierung der Frau. CEDAW ist gleichzeitig die Abkürzung für das internationale Übereinkommen der Vereinten Nationen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau.

Der UN-Ausschuss hat das Ziel, die Einhaltung der Konvention zu überwachen. Dazu prüft er die Berichte, die die Mitgliedstaaten alle vier Jahre abzugeben haben. Die Darlegungen der einzelnen Regierung über ihre Gleichstellungspolitik werden regelmäßig von Nichtregierungsorganisationen des jeweiligen Landes durch so genannte Schattenberichte ergänzt.

IM AUSLAND ZWANGSVERHEIRATETE:

Rückkehrrecht gilt weiter nur für sechs Monate

Im Ausland zwangsverheiratete Frauen werden auch in Zukunft kein längeres Rückkehrrecht nach Deutschland erhalten. Der Innenausschuss lehnte am 25. Juni mit der Mehrheit der Koalitionsfraktionen einen Antrag der bündnisgrünen Fraktion ab, in dem eine längere Frist als sechs Monate gefordert wurde.

(hib) Die Fraktion hatte ihren Antrag mit dem Argument begründet, bei Zwangsverheiratungen im Ausland könnten die Frauen oft nicht innerhalb von sechs Monaten nach Deutschland zurückkehren. Daher dürfe die Niederlassungsfreiheit in Deutschland nicht erlöschen, wenn sich eine Frau aufgrund einer Zwangsverheiratung länger als sechs Monate im Ausland aufgehalten habe. Die bisherigen gesetzlichen Maßnahmen der Bundes-

regierung gegen Zwangsverheiratung nannten Die Grünen unzureichend.

Die SPD-Fraktion erklärte, sie könne den Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zwar nicht mittragen; sie forderte aber zugleich, sich dem Thema im Herbst intensiver zuzuwenden. Dann müsse auch über „arrangierte Ehen“ gesprochen werden.

Von der Union hieß es, man sei bereit, die Rückkehrfrist für Zwangsverheiratete auf zwei Jahre zu verlängern, wenn im Gegenzug die Ehebestandszeit verlängert werde. Damit solle verhindert werden, dass Scheinehen zur Erlangung von Aufenthaltsrechten eingegangen würden. Über Scheinehen würden zahlreiche Schwerverkriminalen nach Deutschland kommen, die nach zwei Jahren ein eigenständiges Aufenthaltsrecht erwerben.

Die FDP wies darauf hin, dass Zwangsverheiratungen im Ausland nicht strafbar seien. Das sei eine Strafbarkeitslücke, die geschlossen werden müsse. Die FDP-Fraktion enthielt sich bei der Abstimmung. Die Linksfraktion stimmte dem bündnisgrünen Antrag trotz „einiger Bedenken“ zu.

THEMA FÜR DEN DEUTSCHEN ETHIKRAT:

Babyklappen und anonyme Geburt

(KNA) Der Deutsche Ethikrat, der sich im April konstituiert hat, will sich grundlegend mit der ethischen und juristischen Bewertung von Babyklappen und anonymen Geburten befassen. Das sagte der Vorsitzende des Ethikrates, Edzard Schmidt-Jortzig, am 26. Juni nach einer rund zweistündigen Aussprache zum Thema.

Zuvor hatte die dem Gremium angehörende Berliner Juristin Ulrike Riedel massive Kritik an der derzeitigen Praxis geäußert und deren Verfassungsgemäßheit infrage gestellt. Nach ihren Angaben gibt es derzeit in Deutschland rund 80 Babyklappen; zudem böten etwa 130 Kliniken anonyme Geburten an. All das stehe im Widerspruch dazu, dass das Bun-

desverfassungsgericht seit 1989 das Grundrecht des Kindes auf Kenntnis der Abstammung „Schritt für Schritt verfestigt“ habe.

Der Freiburger katholische Moraltheologe Eberhard Schockenhoff sprach von einem Zielkonflikt zwischen Lebensschutz und Inkaufnahme von Rechtsverletzungen. Der Staat könne durch solche Angebote seiner Schutzpflicht für das ungeborene Leben nachkommen. Der Psychologe Michael Wunder sagte dagegen, die Praxis zeige, dass das Wissen um die eigenen Eltern „absolut wichtig“ sei. Auch der Berliner Philosoph Volker Gerhardt mahnte, nicht vorschnell das „Recht des Kindes auf Recht“ auszublenzen.

NAMEN

Aung San Suu Kyi

Die Friedensnobelpreisträgerin und birmanische Oppositionsführerin wurde am 19. Juni 63 Jahre alt. Sie steht seit 18 Jahren fast ununterbrochen unter Hausarrest. Im Mai war er von den Generälen ohne Begründung um ein weiteres Jahr verlängert worden.

Liz Mohn

Für ihre Verdienste um die transatlantischen Beziehungen erhielt die stellvertretende Vorstandsvorsitzende der Bertelsmann-Stiftung als erste Frau den „Vernon A. Walters Award“. Die Laudatio sprach der ehemalige UN-Generalsekretär Kofi Annan. Der Namensgeber des Preises war von 1989 bis 1991 US-Botschafter in Deutschland.

Helma Orosz

Die 55-Jährige CDU-Politikerin wurde im 2. Wahlgang neue Oberbürgermeisterin von Dresden. Die ausgebildete Krippenerzieherin war bislang sächsische Sozialministerin. Sie ist Landesvorsitzende der „Frauen Union“ der CDU.

Sibylle Berg

Für ihren scharfen und zugleich selbstironischen Blick auf das Zeitalter der Globalisierung wurde die Schriftstellerin mit dem Wolfgang-Koeppen-Preis der Stadt Greifswald geehrt. Ihr erster Roman „Ein paar Leute suchen das Glück und lachen sich tot“, der zuvor einige Male abgelehnt worden war, erschien 1997 und wurde ein Riesenerfolg. Berg schreibt Romane, Essays, Kolumnen und Theaterstücke.

Frieda Borchert

Die mit 111 Jahren älteste Deutsche ist am 22. Juni in einem Berliner Altenhilfezentrum gestorben. Das ehemalige Zimmermädchen hatte zwei Ehemänner und ihre beiden Kinder überlebt. Ins Altersheim zog sie erst mit fast 100 Jahren.

6,7 MILLIONEN INSGESAMT**Minijobber: Zwei Drittel sind Frauen**

(PM) Die Zahl der Minijobberinnen ist in einem Jahr um eine halbe Million gestiegen: Nach Angaben der Minijob-Zentrale waren Ende März insgesamt 6,7 Millionen geringfügig beschäftigt – etwa 500.000 mehr als Ende März 2007. Haupteinsatzbereiche sind Einzelhandel, Gastronomie, Gebäudebetreuung sowie Garten- und Landschaftsbau. Zwei Drittel der Beschäftigten sind Frauen, im Privathaushalt sogar 93 Prozent.

GERICHTSURTEIL:**Keine Vollzeitarbeit für Alleinerziehende**

(epd) Auch nach dem neuen Unterhaltsrecht ist es einem alleinerziehenden geschiedenen Elternteil mit zwei Grundschulkindern nicht zuzumuten, voll erwerbstätig zu sein. Dies hat das Oberlandesgericht Düsseldorf entschieden. Eine Vollzeitstätigkeit könne nicht regelmäßig erwartet werden, weil Zeit verbleiben müsse, um zur Arbeitsstätte zu gelangen, die notwendigen Einkäufe zu tätigen und die Kinder angemessen zu betreuen, heißt es in der Begründung. (Az.: II-2 WF 62/08) Das Gericht gab damit einer auf Unterhalt klagenden Frau Recht.

TENDENZ STEIGEND:**Jeder Zehnte hat einen befristeten Vertrag**

(hib) Befristete Arbeitsverhältnisse nehmen zu. Wie aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Linksfraktion hervorgeht, stieg der Anteil laut Mikrozensus von 7,7 Prozent im Jahr 2004 auf 10,5 Prozent im Jahr 2006. Zahlen für das Jahr 2007 lägen noch nicht vor, heißt es. Den Angaben zufolge waren 2006 von den 29,1 Millionen Arbeitnehmern 3,06 Millionen befristet angestellt. Im Jahr zuvor seien es 2,74 Millionen von 28,18 Millionen Beschäftigten gewesen.

INTERNETPORTAL ZEIGT WEGE AUF:**Arbeiterkindern die Angst vor dem Studium nehmen**

Katja Urbatsch hat aus der eigenen Not eine Tugend gemacht: Die 29-jährige, die am Gießener Graduiertenzentrum in Nordamerikastudien promoviert, gründete vor wenigen Wochen das Internetangebot „arbeiterkind.de“: ein Internetportal für alle Schülerinnen und Studierende, die als erste in ihrer Familie einen Studienabschluss anstreben.

(epd) Die Jugendlichen bekommen hier Informationen über Studienorganisation, Stipendien und Berufsperspektiven, damit sie häufiger als bisher eine akademische Laufbahn beginnen. Denn ob eine Abiturientin/ein Abiturient studiert oder nicht, hängt in Deutschland vom Bildungsstand der Eltern ab. Nach der jüngsten Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks beginnen von 100 Akademi-

kerkindern 83 ein Studium. Dagegen studieren von 100 Kindern aus hochschulfernen Haushalten nur 23.

Häufig mangelt es an Geld. Die Internetseite liefert deshalb auch Tipps zu Krediten, BAföG, Jobs und Stipendien. Die Chance, eine Förderung zu erhalten, steht gar nicht schlecht. Neben den Stipendien der großen Stiftungen gibt es eine Vielzahl von Spezialstipendien. Außerdem ist viel Geld da. Das Bundesbildungsministerium gibt in diesem Jahr 113 Millionen Euro für die Begabtenförderung aus – 33 Millionen Euro mehr als 2005.

Das Evangelische Studienwerk Villigst legte ein Programm auf: Leiterinnen von zwölf Gesamtschulen in Nordrhein-Westfalen dürfen Schülerinnen für ein Stipendium vorschlagen. Und die Hans-Böckler-Stiftung startete die „Böckler-Aktion Bildung“ für junge Menschen aus Familien, die sich ein Studium nicht leisten können. 1.300 Bewerbungen für ein Stipendium gingen ein. „Wir waren überrascht über die Biografien“, sagt Projektleiter Eike Hebecker. „Das sind Schätze, die man heben kann!“

STUDIE ZUM NIEDRIGLOHNBEREICH:**Geringverdienerinnen ohne Chancen**

(PM/bro) Etwa jeder dritte Geringverdiener von 1998/99 war sechs Jahre später immer noch im Niedriglohnbereich beschäftigt. Nur jedem Achten gelang der Sprung über die Niedriglohnschwelle, zeigt eine neue Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und des Lehrstuhls für Arbeitsmarkt- und Regionalpolitik der Uni Erlangen-Nürnberg.

Mittlerweile gehört mehr als jeder sechste Vollzeitbeschäftigte zu den Geringverdienern. Frauen sind von niedrigen Löhnen überproportional betroffen. Sie stellen nur gut 35 Prozent aller Vollzeitbeschäftigten, aber fast 60 Prozent der vollzeitbeschäftigten Geringverdiener. Frauen sind zudem besonders gefährdet, im Nied-

riglohnsektor zu verbleiben: Bei den Männern schaffte rund jeder fünfte innerhalb von sechs Jahren den Sprung über die Niedriglohnschwelle, bei den Frauen nur jede zehnte.

Die Frauen-Union (FU) der CDU nahm die IAB-Studie zum Anlass für Forderungen nach dem Ausbau von Programmen zum beruflichen Wiedereinstieg in den Unternehmen und verbesserter Finanzierung von Weiterbildungsmaßnahmen für Mütter während einer Familienphase. Chancengleichheit müsse zur Unternehmensphilosophie gehören, sagte FUVorsitzende Prof. Dr. Maria Böhmer.

Die IAB-Studie steht im Internet: <http://doku.iab.de/kurzber/2008/kb0808.pdf>

STUDIE ZUR SPRACHENTWICKLUNG:

Migranten-Väter wichtig für Schulerfolg der Kinder

Väter spielen in Zuwandererfamilien einer Studie der Ruhr-Universität Bochum zufolge eine entscheidende Rolle für den Schulerfolg ihrer Kinder. Sie sollten deshalb stärker in Sprachförder- und Bildungsprogramme für Migrantenkinder einbezogen werden.

(epd) Die Entwicklungspsychologin Birgit Leyendecker stellte die Ergebnisse ihrer Studie während einer Tagung im Niedersächsischen Institut für frühkindliche Bildung und Entwicklung in Osnabrück vor. Seit dem Jahr 2000 habe sie die Entwicklung und die Sprachkenntnisse

von je 100 türkischstämmigen und deutschen Kindern untersucht. Bei den deutschen Kindern habe sich das erwartete Muster bestätigt: Je höher die Bildung der Mutter, desto besser seien die Sprachfähigkeiten der Kinder, sagte Leyendecker.

Bei den türkischen Kinder habe überrascht, dass Väter einen viel größeren Einfluss als die Mütter auf die Sprachentwicklung hätten, obwohl sie weniger Zeit mit den Kindern verbrachten. Mit der Schulbildung der Väter nehme die Wahrscheinlichkeit zu, dass sie ihren Kindern mehr vorläsen und dass ihre Kinder selbst mehr Bücher hätten. Die Wissenschaftlerin plädierte aufgrund ihrer Erkenntnisse auch dafür, neue Sprachförder-Initiativen für ausländische Mütter auszubauen. Sie seien für formale Bildungsangebote nicht immer zugänglich.

WERTEVERMITTLUNG KÖNNTE VERLOREN GEHEN:

Internet bedroht Kinderfernsehen

(KNA/bro) Das Internet stellt das Kinderfernsehen vor große Herausforderungen. Der Programmgeschäftsführer des öffentlich-rechtlichen Kinderkanals KI.KA, Frank Beckmann, der zum 1. November neuer Programmleiter des NDR wird, zog vor der Presse eine Bilanz seiner zehnjährigen Tätigkeit und stellte die wichtigsten Thesen zur Zukunft des Kinderfernsehens vor. „Das Internet gibt es seit 15 Jahren, und die Kinder von heute kennen schon keine Welt ohne Internet und Handy mehr. Kinder lernen den Umgang mit einer Maus eher als das Schreiben, und ein Telefon mit Wählscheibe ist ihnen nur noch aus dem Museum bekannt.“

Die Entwicklung zeige – insbesondere am Beispiel Großbritanniens mit 24 Kinderkanälen – dass die Zahl der kommerziellen Fernsehangebote ständig zunehme. Ein Viertel der in Deutschland lebenden Kinder käme bereits aus Migrantenfamilien, und 1,5 Millionen Kinder in Deutschland

gälten als „arm“. Vor diesem Hintergrund sei es außerordentlich wichtig, dem Konsumdenken der kommerziellen Kanäle ein öffentlich-rechtliches Kinderprogramm mit eigenen Normen und Werten entgegenzusetzen.

Die demografische Entwicklung könne auch eine Negativspirale in Gang setzen, befürchtet Beckmann weiter, in der die Kinder immer weniger Bedeutung für den politischen Prozess, das gesellschaftliche Engagement und die Gewichtung der Zuschauerzahlen hätten. Dieser Gefahr müssten die Verantwortlichen entgegenwirken und ihren Beitrag dazu leisten, die Gesellschaft in Zukunft kinderfreundlicher zu machen.

Bezogen auf den öffentlich-rechtlichen Kinderkanal sollte die Sendezeit mindestens auf 22 Uhr verlängert werden, um auch Jugendliche zu erreichen. Die Sendeinhalte des KI.KA müssten in Zukunft auf allen Plattformen wie Internetfernsehen und Handy-TV präsent sein.

STUDIE WIDERLEGT KLISCHEE:

Der Generationenkrieg findet nicht statt

(epd) Gerechtigkeitsprobleme bestehen einer sozialwissenschaftlichen Untersuchung zufolge nicht zwischen, sondern innerhalb der Generationen. Ungleichgewichte innerhalb der Altersklassen würden durch Reformen in der Altersvorsorge und durch familiäre Erbschaften sogar verschärft, erklärten die Forscherinnen des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB). Sie warnten davor, das Thema Generationengerechtigkeit anhand von Rentenhöhen abzuhandeln. Bedeutsam seien auch Transfers von Leistungen, Hilfen, Geldgeschenken und Erbschaften innerhalb einer Familie.

ÄLTERE MENSCHEN:

Mobiler und vitaler als ihre Vorfahren

(KNA) Viele ältere Menschen sind in fast allen Lebensbereichen vitaler und mobiler als vor 20 Jahren. Wie das Institut für Demoskopie in Allensbach mitteilte, besitzen aktuell 64 Prozent der 60- bis 74-Jährigen einen Pkw im Haushalt oder setzen sich selbst ans Steuer. 1987 lag dieser Wert bei 35 Prozent. Auch das Freizeitverhalten änderte sich. So hätten 48 Prozent der 60- bis 74-Jährigen 1987 eine oder mehrere Urlaubsreisen unternommen. 20 Jahre später waren es 60 Prozent.

ONLINE-STUDIE 2008:

„Silver Surfer“ haben das Internet entdeckt

(KNA) Die Zahl der Nutzerinnen des Internets stieg in diesem Jahr gegenüber 2007 um 1,9 auf 42,7 Millionen, wie die ARD/ZDF-Online-Studie 2008 ergab. Damit nutzen inzwischen fast zwei Drittel der Erwachsenen das Internet. Den größten Zuwachs weisen die „Silver Surfer“ auf; mittlerweile gehen 29,2 Prozent der 60- bis 79-Jährigen online.

ÄRZTE WOLLEN SCHNELLER HANDELN DÜRFEN:

„Kindeswohl wichtiger als Datenschutz“

Die Kinder- und Jugendärzte verlangen einen gelockerten Datenschutz bei Verdacht auf Kindesmisshandlung oder -vernachlässigung. Es müsse in solchen Fällen möglich sein, Hilfe einzuschalten, ohne vorher die Eltern zu fragen.

(KNA) Der „Neuen Osnabrücker Zeitung“ sagte Verbandspräsident Wolfgang Hartmann, die Medizinerinnen müssten auch bei einem vagen Verdacht handeln können, ohne dass man ihnen die Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht vorwerfe. „Es muss eine Lockerung des Datenschutzes im Interesse des Kindeswohls geben“, betonte Hartmann.

Von der Bundesregierung verlangte der Verbandspräsident, die Inhalte der Vorsorgeuntersuchungen von Kindern zu verbessern. „Auf die Verhinderung von Kindesmisshandlung und Kindesvernachlässigung wird bisher überhaupt kein Wert gelegt“, kritisierte er. Nötig sei bei Kindern nicht in erster Linie ein Programm zur Früherken-

nung von Krankheiten, sondern ein Programm zu deren Verhinderung. Hartmann hielt den Krankenkassen vor, sie blockierten eine entsprechende Weiterentwicklung dieser Untersuchungen, weil sie eine Kostenexplosion bei der Verordnung von Heilmitteln befürchteten.

Der Präsident des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte sprach sich zudem für mehr staatliche Hilfen zugunsten von Schwangeren und Müttern aus. Jungen Frauen müsse vermittelt werden, dass ihre Probleme lösbar seien. So könne vermieden werden, „dass junge Mütter ihre Kinder töten, in Gefriertruhen aufbewahren oder ihre Schwangerschaft verheimlichen“. Die Frauen müssten wissen,

dass sie notfalls anonyme Hilfe von außen erhielten, falls sie keinen Rückhalt in ihrer Familie hätten. Die Zahl der Eltern, die mit der Erziehung ihrer Kinder überfordert sind, hat nach Einschätzung des Verbandspräsidenten zugenommen. „Wir haben heute Eltern, die sich in ihrem eigenen Leben nicht zurechtfinden, die Ausbildungs- und Bildungsmängel haben, die häufig arbeitslos oder suchtgefährdet sind“, sagte Hartmann. Der Staat müsse auch Kindern dieser Eltern die Möglichkeit zur Entwicklung geben.

Hartmann verlangte, dass alle Neugeborenen von Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen des Jugendamts oder des Gesundheitsamtes aufgesucht werden, um Risikostrukturen rechtzeitig zu erkennen und den Familien niedrigschwellige Hilfen anzubieten. In Extremfällen müsse ein Kind aus der Familie herausgenommen werden. „Kinder sind kein Besitztum der Eltern, sondern Persönlichkeiten mit eigenständigen Rechten“, betonte er.

KOSTENLOSES ANGEBOT:

Presseseminare für Frauen-Infobörsen

(bro) Infobörsen für Frauen – initiiert z.B. von Gleichstellungsbeauftragten und örtlichen Frauenverbänden – wurden seit dem Neustart vor gut einem Jahr bereits in 100 Städten veranstaltet. Die Themen drehen sich um Beruf und Chancen, Lebensentwürfe von Frauen, Vorsorge und Lebensqualität sowie Engagement und Mitbestimmung.

Unterstützung fürs Organisieren einer Infobörse gibt das Bundesfrauenministerium – auch bei der Pressearbeit. Neue, kostenlose Presseseminare werden von August bis Oktober in Köln, Frankfurt am Main, Hannover, Berlin, Würzburg, München, Leipzig und Dortmund als Tagesveranstaltung angeboten. Mehr Informationen im Netz: www.infoboersen-fuer-frauen.de; Anmeldung zum Presseseminar: mail@infoboersen-fuer-frauen.de

NEUE STIFTUNG WILL AUFKLÄREN UND HELFEN:

Depression ist eine Volkskrankheit

(KNA/bro) Depressions-Erkrankungen werden nach Ansicht von Fachleuten häufig unterschätzt. Etwa jede-r Fünfte erkrankt einmal im Leben an einer Depression, allerdings werde sie oft zu spät erkannt und nicht konsequent behandelt, betonte der Leipziger Psychiater Ulrich Hegerl in Berlin. Nach seiner Einschätzung erfolgt ein Großteil der jährlich rund 10.000 Selbsttötungen und 150.000 Suizidversuche vor dem Hintergrund depressiver Erkrankungen. Insgesamt seien hierzulande circa vier Millionen Menschen behandlungsbedürftig erkrankt. Bei Frauen wird die Krankheit doppelt so häufig diagnostiziert wie bei Männern.

Hegerl äußerte sich bei der Vorstellung der neuen Stiftung „Deutsche Depressionshilfe“. Die Schirmherrschaft hat der Kabarettist Harald Schmidt übernommen. Die Stiftung will als Dachorganisation die Arbeit des „Kompetenznetzes Depression, Suizidalität“ und des „Deutschen Bünd-

nisses gegen Depression“ bündeln und weiterentwickeln. Ziel ist es dabei nach Hegerls Worten, weitere Forschung anzustoßen, Betroffenen schnell zu helfen und für mehr Akzeptanz in der Gesellschaft zu werben.

Der Leidensdruck der Betroffenen sei größer als bei jeder anderen Erkrankung, sagte Hegerl unter Verweis auf die hohe Suizidrate. Die Versorgungs- und Lebenssituation depressiv Erkrankter habe sich zwar in den vergangenen Jahren verbessert, sei aber immer noch unzureichend. Nach Angaben der Stiftung ist die Krankheit nicht mit einer depressiven Verstimmung zu verwechseln, wie sie jeder kenne, und die zum Leben gehöre. Als Symptome der Depression gelten z.B. die Unfähigkeit, kleinste Entscheidungen zu treffen oder Freude zu empfinden, Konzentrationsstörungen, Schuld- und Minderwertigkeitsgefühle sowie Angst. Mehr Infos im Netz: www.deutsche-depressionshilfe.de

DER FRÜHERE BUNDESUMWELTMINISTER KLAUS TÖPFER:

Das Schlüsselwort ist „Nachhaltigkeit“

Die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft gelingt nur mit Nachhaltigkeit. Umwelt- und Klimaschutz sind für den früheren Bundesumweltminister Klaus Töpfer Motoren der zukünftigen Entwicklung. Besonders die industrialisierten Länder in Europa und Amerika fordert er auf, den Kampf gegen Armut als friedenssichernde Maßnahme zu unterstützen.

„Der Klimawandel ist keine Prognose, sondern findet statt. Also muss gehandelt werden.“ Das stellte Prof. Dr. Klaus Töpfer in Münster zu Beginn eines Vortrages zum Thema „Nachhaltigkeit und die Notwendigkeit von Verhaltensänderungen“ klar. In einer „zutiefst gespaltenen“ und „massiv ungerechten Welt“ sei Nachhaltigkeit eine große Herausforderung. Es gehe um die wirtschaftliche Überwindung von Armut, um sozialen Ausgleich und um Ökologie. „Nachhaltige Entwicklung ist der neue Name für Frieden“, so Klaus Töpfer.

Mit seinen Abfallgesetzen hat er die Deutschen in den 90er Jahren

zum Mülltrennen gebracht. Seit 2006 ist der Exekutivdirektor des UN-Umweltprogramms und einstige Bundesumweltminister Professor in Shanghai. Für sein Engagement in Sachen Umwelt, Menschlichkeit und Armutsbekämpfung hat er zahlreiche Auszeichnungen erhalten.

Die Belastung der Umwelt weltweit sei den Konsum- und Produktionsmustern der hoch entwickelten Länder geschuldet. Der „Erschöpfungsprozess der Natur“ sei nicht mehr zu übersehen. Die Entwicklungsländer seien besorgt, dass die entwickelten Länder den Umweltschutz als Entwicklungshemmschuh instrumen-

talisieren könnten. Töpfer fordert, Produktions- und Verbrauchsmuster zu überdenken und die Wegwerfkultur zu überwinden: „Unsere Welt kann das sonst nicht verkraften.“

Diese Aufgabe könne nur gemeinsam und in Partnerschaften zwischen entwickelten Ländern und Entwicklungsländern, zwischen Regierungen, privatem Sektor und der Zivilgesellschaft erfüllt werden. Töpfer verurteilt die Abwälzung von Wohlstandskosten auf folgende Generationen und Entwicklungsländer als „ökologische Aggression“: „Die Ärmsten der Armen tragen die Hauptlast dessen, was die Reichsten der Reichen bei sich nicht abwenden können.“ Globale Nachhaltigkeit bedeutet für Töpfer auch Bekämpfung weltweiter Armut.

Zum Stichwort Klimawandel appellierte er an die Zuhörerinnen, nicht zu resignieren oder die Verantwortung allein den „Großen“ zu überlassen. Jeder könne und müsse sein Verhalten ändern: „Es wird höchste Zeit.“

Ursula Schmees

EINE GRÜNE MAUER ENTLANG DER SAHELZONE:

Afrika im Krieg gegen die Wüste

(KNA) Es ist ein spektakuläres Projekt der afrikanischen Staaten entlang der Sahelzone: Sie wollen eine 7.000 Kilometer lange und fünf Kilometer breite grüne Mauer quer durch Afrika ziehen. Der kühne und gigantische Plan, der 2005 vom damaligen nigerianischen Präsidenten Olusegun Obasanjo angeregt und von der Weltöffentlichkeit kaum wahrgenommen wurde, nimmt langsam konkrete Formen an.

Bis zu 70 Meter tief sind heute die Brunnen, aus denen die Frauen im Senegal das lebensnotwendige Wasser emporziehen. Der Grundwasserspiegel sinkt ständig weiter ab. Die Sahara dringt vor und erobert fruchtbares Ackerland. Bauern, die einst auf riesigen Feldern Erdnüsse, Hirse und Bohnen ernteten, blicken heute nur noch auf endlose sandige Flächen. Die Landbewohnerinnen flüchten in die Städte, leben in Slums und versuchen, sich mit Jobs, Bettelei und nicht selten

Diebstählen irgendwie durchzuschlagen. Um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten, hat Senegals Präsident Abdoulaye Wade angeordnet, in seinem Land die grüne Mauer zu errichten. Millionen von Setzlingen sollen einen Wald entstehen lassen, der der Wüste Einhalt gebietet und Nahrungsmittel liefert. Die Erosion wird gestoppt, Regenwasserrückhaltebecken ermöglichen eine bessere Wasserversorgung, und ganz nebenbei helfen die Bäume, die CO₂-Bilanz zu verbessern.

Elf afrikanische Staaten wollen sich am Projekt beteiligen, darunter auch krisengeschüttelte Länder wie der Tschad, Sudan und Eritrea. Die Herausforderungen sind groß, aber die ersten Versuche im Senegal machen Mut. Für die beteiligten Staaten ist das Projekt eine Überlebensfrage. Professor Abdoulaye Dia von der Universität Dakar, der das Projekt leitet, spricht von einem „Krieg“ gegen die Wüste.

FAIRWERTUNG:

Secondhand verliert das Schmuddelimage

(bro) Secondhand-Textilien erlangen nach Angaben des Dachverbandes FairWertung sowohl in Afrika als auch in Europa zunehmende Bedeutung. FairWertung ist ein Netzwerk von Organisationen, die sich für mehr Transparenz beim Textilrecycling einsetzen. Der Verband hat Kriterien für Sammlung und Vermarktung entwickelt. Über 100 Organisationen arbeiten bundesweit nach diesen Richtlinien, darunter kirchliche Einrichtungen, gemeinnützige Vereine und Beschäftigungsinitiativen.

Das neue Themenheft „Secondhand ist 1. Wahl“ informiert über Projekte und Designerinnen, aktuelle Trends und fragwürdiges Branchenverhalten. Mehr Infos und Heft-Bestellung im Internet: www.fairwertung.de

UN-HOCHKOMMISSARIN LOUISE ARBOUR:

Abschied aus einem „anstrengenden Job“

Die scheidende UN-Hochkommissarin für Menschenrechte, Louise Arbour (61), hat Politiker und Politikerinnen zu Selbstkritik aufgefordert. „Die Regierungen sind immer schnell dabei, andere Regierungen wegen Verletzungen der Menschenrechte zu kritisieren, sie übersehen aber Verletzungen der Menschenrechte im eigenen Land“, sagte Arbour in Genf.

(epd) Die kanadische Juristin schied am 30. Juni aus dem Amt. Sie hatte seit Amtsantritt 2004 Menschenrechtsverletzungen in vielen Ländern angeprangert. Regierungen wie die Militärjunta in Birma (Myanmar) verweigerten ihr die Einreise. Das UN-Hochkommissariat mit Sitz in Genf kann keine Sanktionen verhängen. Seine Aufgabe ist es, die Menschenrechte überall auf der Welt zu schützen und Maßnahmen zu ihrer Respektierung weiterzuentwickeln.

Arbour betonte, dass sie aus persönlichen Gründen ausscheide. „Meine Amtszeit ist vorbei“, sagte sie. Sie könne

nicht mehr die Energie aufbringen, die für den „anstrengenden Job“ nötig sei. Diplomaten hatten berichtet, dass die USA und Kanada sich gegen eine zweite Amtszeit Arbours ausgesprochen hätten. Grund ist möglicherweise ihre Kritik an dem US-geführten Anti-Terror-Krieg.

Arbour zog eine positive Bilanz ihrer vierjährigen Amtszeit. Das UN-Hochkommissariat für Menschenrechte habe seine internationale Präsenz stark ausgebaut. Heute habe die UN-Behörde 50 Missionen in nahezu allen Kontinenten, statt 30 vor vier Jahren.

„Die Missionen sollen helfen, die Menschenrechte in den Ländern tatsächlich umzusetzen“, sagte die frühere Chefanklägerin des UN-Tribunals für das ehemalige Jugoslawien.

Arbour ist die vierte Persönlichkeit auf dem Posten des UN-Hochkommissars und die zweite Frau. Ihr unmittelbarer Vorgänger war Sergio Vieira de Mello, der 2003 im Irak bei einem Anschlag auf das UN-Gebäude in Bagdad getötet wurde. Von 1997 bis 2002 hatte Mary Robinson, Irlands frühere Staatspräsidentin, den Posten inne. Die UN-Vollversammlung richtete das Amt 1993 ein, der UN-Generalsekretär ernannt den Hochkommissar/die Hochkommissarin nach Rücksprache mit den wichtigsten UN-Mitgliedern. Der Hochkommissar arbeitet eng mit dem UN-Menschenrechtsrat zusammen. Bei Redaktionsschluss war noch nicht bekannt, wer Louise Arbours Nachfolge antritt.

UNESCO-STUDIE:

Marode Schulen für die Dorfkinder

(KNA) Soziale Ungleichheiten in Grundschulen erschweren nach Einschätzung einer neuen UNESCO-Studie Lernerfolge. Kinder aus benachteiligten ländlichen Elternhäusern würden zudem doppelt beeinträchtigt, weil ihre Schulen meist erheblich schlechter ausgestattet seien, heißt es in der neuen Studie der Weltbildungsorganisation. Dafür wurden Grundschulen in elf Ländern Lateinamerikas, Asiens und Nordafrikas untersucht. Laut Studie verfügen etwa nur 27 Prozent aller Dorfschulen über Elektrizität; in Städten seien es 76 Prozent. Nur vier Prozent der Dorfschulen in Indien hätten ein Telefon. Auch in Peru verfüge nur weniger als die Hälfte aller Dorfschulen über Elektrizität, eine Bücherei oder Toiletten für Jungen und Mädchen. In Peru oder den Philippinen besuchten mehr als zwei Drittel aller Kinder dringend renovierungsbedürftige Schulen.

„FAMILIÄRE GEWALT BEKÄMPFEN“:

Frauzentrum im Westjordanland

(KNA) Mit kirchlicher Unterstützung aus Deutschland ist im Westjordanland ein erstes Frauzentrum eröffnet worden. Die palästinensische Organisation „Trust of Programs 1984“ (ToP) bietet seit Kurzem in der Kleinstadt Biddu von Gewalt betroffenen Frauen eine feste Anlaufstelle. Das Projekt „Familiäre Gewalt bekämpfen“ wird von Caritas Deutschland und dem Entwicklungsministerium finanziert und begleitet.

Die Mitarbeiterinnen des Projekts bemühen sich seit 2004 darum, Politiker und religiöse Oberhäupter in der ländlich geprägten Region nordwestlich von Jerusalem vom Vorgehen gegen häusliche Gewalt zu überzeugen. Gleichzeitig bilden sie Ehrenamtliche aus, die Kontakte zu den Familien in der Umgebung aufnehmen. In Gruppenarbeit und persönlichem Gespräch sollen das Selbstbewusstsein betroffener Frauen gestärkt und Problemlösungen gesucht werden. Im Zentrum stehen den Frauen auch Versammlungsräume, eine Bibliothek für Kinder sowie ein Raum für psychologische Begleitung zur Verfügung.

Weiterer Schwerpunkt ist die Arbeit an den Schulen und die Sensibilisierung der Lehrkräfte für das Thema Gewalt.

Gegründet wurde ToP vom israelisch-arabischen Sozialarbeiter Farid Abu-Gosch. Die häusliche Gewalt habe durch die angespannte wirtschaftliche und politische Lage deutlich zugenommen, erklärte die Zivile Friedensfachkraft Ulrike Eimermacher, die das Projekt im Auftrag der katholischen AG für Entwicklungshilfe seit 2006 begleitet. Durch den Bau der israelischen Sperranlagen sei die Region um Biddu vom Wirtschaftszentrum Jerusalem abgeschnitten. Die Arbeitslosigkeit stieg auf bis zu 80 Prozent. Suchtprobleme und Gewalt bestimmten zunehmend den Familienalltag. Verschärft werde die Entwicklung durch die traditionellen patriarchalen Strukturen, in denen Frauen und Kinder den Übergriffen der Männer oder auch Schwiegermütter hilflos ausgesetzt seien. Dem Sozialarbeiterinsatz gehe daher meist mühsame Überzeugungsarbeit in allen gesellschaftlichen Gruppierungen voraus.

VORERST KEINE EU-WEITEN REGELUNGEN:

Beim Scheidungsrecht scheiden sich die Geister

Die Justizminister-innen der Europäischen Union bitten um Bedenkzeit: Pläne für gemeinsame Zuständigkeitsregeln bei grenzüberschreitenden Scheidungen liegen nun weiter auf Eis.

(KNA) Dass eine Einigung scheitern könnte, zeichnete sich bereits zu Jahresbeginn ab. Damals schon signalisierte Schweden eine Blockade des Vorhabens. Und an der schwedischen Härte war offenkundig nicht zu rütteln. Das Land fürchtet Einschränkungen bei seinem liberalen Scheidungsrecht, wenn strengere Gesetze anderer EU-Staaten angewandt werden müssten. Auch Malta stand dem Vorhaben mit großer Skepsis gegenüber. Aus umgekehrten Gründen: Dort sind Scheidungen gänzlich untersagt.

Dabei war es bei dem von der EU-Kommission bereits im Juli 2006 vorgelegten Vorhaben gar nicht darum gegangen, in das Eherecht der jeweiligen EU-Staaten einzugreifen. Ziel sollte sein, klarere Regeln für grenzübergreifende Entscheidungen aufzustellen.

Denn derzeit ist teilweise offen und in vielen Fällen auch umstritten, welches Recht zur Anwendung kommt. Das gilt etwa für gemischtnationale Ehen oder auch für Ehepaare mit derselben Staatsangehörigkeit, die im Ausland leben. Dazu sollten nach dem Vorschlag der EU-Kommission Eheleute unter anderem in bestimmten Grenzen das Recht erhalten, das für sie zuständige Gericht zu wählen.

Nach Angaben der SPD-Europaabgeordneten Evelyne Gebhardt haben EU-weit rund 19 Prozent aller Scheidungen einen grenzüberschreitenden Charakter. Im Zweifelsfall ist das Gericht zuständig, das zuerst von einem der Partner mit dem Fall betraut wird. Daraus entsteht unter Umständen ein Wettlauf, wer zuerst die Scheidung einreicht. Vor allem wird sich ein scheidungswilliger Partner vorab informieren, welches Recht denn wohl für ihn am günstigsten ist. Gebhardt, vom Europaparlament zur Berichterstatterin für das Thema bestellt, bedauerte das Fehlschlagen der Verhandlungen am 6. Juni. Damit werde eine Lösung für Millionen Betroffene verhindert. Das Vorhaben sei am Zwang zur Einstimmigkeit vorerst gescheitert.

DURCHZUSETZEN IN JEDEM EU-LAND:

Grenzenlose Unterhaltsansprüche

(epd) Die Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen innerhalb der Europäischen Union wird erleichtert. Es soll keine Rolle mehr spielen, in welchem Mitgliedsstaat der Europäischen Union der säumige Zahler lebt. Bundesjustizministerin Brigitte Zypries (SPD) teilte am 6. Juni in Berlin mit, künftig könnten Unterhaltsschuldner über Staatsgrenzen hinweg aufgespürt und zur Zahlung veranlasst werden.

Die Justizminister-innen der Europäischen Union einigten sich in Luxemburg auf gemeinsame Leitlinien für eine Verordnung, die Ende des Jahres fertig sein soll. Den Angaben zufolge können Urteile zur Unterhalts-

zahlung dann in der gesamten Europäischen Union vollstreckt werden. Das gilt nicht nur für Zahlungen an Kinder, sondern auch für Ehe- oder Lebenspartner sowie für Eltern, die Ansprüche gegen ihre erwachsenen Kinder geltend machen.

Ein Urteil aus einem anderen EU-Land ist danach in Deutschland gültig und kann vollstreckt werden, ohne dass es von einem deutschen Gericht überprüft werden muss. Ebenso können deutsche Urteile im EU-Ausland vollstreckt werden. Die Regeln zur Anwendung des Unterhaltsrechts werden vereinheitlicht. Dies führe zu mehr Rechtssicherheit, erklärte Zypries.

LOBBYISTINNEN FORDERN:

Mehr Frauenpower in die Europäische Union

(bro) Mehr Frauen in die EU-Kommission und ins Europaparlament: Diesem Anliegen haben sich die Europäische Frauenlobby und EU-Vizekommissarin Margot Wallström (Schweden) verschrieben. Am 7. Juni 2009 findet die nächste Europawahl statt; in den Monaten danach stehen bei der EU-Kommission Personalwechsel an. Die Frauenlobby will in diesem Herbst ihre Kampagne für mehr Frauen starten.

„STOPPT DAS STERBEN!“:

Unterschriftenaktion für faire Asylverfahren

(KNA/bro) Mit einer Unterschriftenaktion „Stoppt das Sterben!“ fordert die Arbeitsgemeinschaft für Flüchtlinge Pro Asyl die EU-Staaten auf, Flüchtlingen Zugang zu einem fairen Asylverfahren zu gewährleisten. Jahr für Jahr stürben Tausende Menschen an den europäischen Außengrenzen; das Mittelmeer und der Atlantik vor der westafrikanischen Küste seien zu Massengräbern geworden. Mitgetragen wird die Initiative u.a. von kirchlichen Organisationen und dem Deutschen Frauenrat. Die Unterschriften sollen zum Tag der Menschenrechte am 10. Dezember dem Europäischen Parlament übergeben werden. Mehr Infos und Online-Unterschriften-Abgabe im Netz: www.proasyl.de

EU UND ILO:

Gemeinschaftsaktion gegen Kinderarbeit

(KNA) Die EU-Kommission und die Internationale Arbeitsorganisation ILO gehen gemeinsam gegen Kinderarbeit vor. Sie starteten im Juni ein Projekt, mit dem Kinderarbeit in Kenia, Sambia, Sudan, Madagaskar, Mali, Angola, Jamaika, Papua-Neuguinea, Fidschi, Guyana und Sierra Leone bekämpft werden soll. Unter anderem soll der Zugang zu Bildung und Ausbildung mit dem neuen Programm verbessert werden.

NEUE BUNDESVORSITZENDE, NEUES LEITBILD:

„Leidenschaftlich glauben und leben“

Weichen für die Weiterentwicklung des kfd-Bundesverbandes wurden Mitte Juni in Mainz gestellt: Die Bundesversammlung wählte im Rahmen ihrer jährlichen Zusammenkunft die Rechtsanwältin Maria Theresia Opladen zur nächsten Bundesvorsitzenden, und die Delegiertenversammlung beschloss ein neues Leitbild: „kfd – leidenschaftlich glauben und leben“.

(EB) Delegiertenversammlungen des kfd-Bundesverbandes werden alle acht bis zehn Jahre einberufen und entscheiden über programmatische Aussagen des Verbandes, die für alle Ebenen verbindliche Grundlage der Arbeit sind. Das neue Leitbild verdeutlicht, wer die kfd ist und was sie erreichen will. Mit zehn prägnanten Sätzen weist es in zwei Richtungen: Innerhalb des Verbandes gibt es Orientierung und Identifikation. Gleichzeitig zeigt es, auf welchem Weg sich der größte Frauenverband Deutschlands in Kirche und Gesellschaft bewegt.

Die ersten Sätze lauten: „kfd – als katholischer Frauenverband eine kraftvolle Gemeinschaft. kfd – eine starke Partnerin in Kirche und Gesellschaft. kfd – ein Frauenort in der Kirche, offen für Suchende und Fragende.“ Die weiteren Sätze benennen kirchen- und gesellschaftspolitische Handlungsfelder. So wird betont, dass sich der Verband für gerechte Teilhabe von Frauen in der Kirche einsetzt. Ebenso benannt wird der Einsatz für gerechte, gewaltfreie und nachhaltige Lebens- und Arbeitsbedingungen in der Einen Welt.

Das neue Leitbild, das am 14. Juni von 180 Delegierten aus allen kfd-Diözesanverbänden abschließend beraten wurde, war in einem mehrjährigen Verbandsprozess entwickelt worden: Zu den verschiedenen Stationen auf Diözesan- und Bundesebene gehörten auch zwei Großworkshops. Unterstützung holte sich die kfd zudem von zwei speziellen Gruppen: Zum einen wurden junger Frauen von Außen mit deren Sicht in die Arbeit und Diskussion einbezogen. Zum anderen gaben Persönlichkeiten der katholischen Laienarbeit und der Amtskirche Kommentare und Anregungen. Veranschaulicht wird das neue Leitbild durch ein dreifarbiges Logo und eine neue Wort-Bildmarke.

Vor der Delegiertenversammlung hatte die kfd-Bundesversammlung getagt und dabei auch eine Nachfolgerin für Bundesvorsitzende Magdalena Bogner bestimmt. Sie stand elf Jahre an der Spitze des Verbandes und gab nun ein Jahr vor Ende der regulären Amtszeit den Vorsitz ab. Bereits im ersten Wahlgang wurde die Rechtsanwältin Maria Theresia Opladen als eine von zwei Kandidatinnen mit großer Mehrheit zur neuen kfd-Bundesvorsitzenden gewählt. Sie trat das Amt am 16. Juni an. Der ehemaligen Landtagsabgeordneten und hauptamtlichen Bürgermeisterin aus Bergisch Gladbach sind die Strukturen und Handlungsabläufe in Politik und Gesellschaft, aber auch in Kirche und Verbänden auf verschiedenen Ebenen vertraut. Von 1996 bis 2004 war sie Mitglied des Präsidiums Städte- und Gemeindebund NRW sowie dessen Vizepräsidentin. Sie ist verheiratet und hat drei Kinder.

„Interessenvertretung und Einflussnahme“

Als kfd-Bundesvorsitzende möchte die 60-Jährige in Zusammenarbeit mit Frauen auf allen Ebenen die Interessen des Verbandes bündeln, Ziele formulieren und in Kirche und Gesellschaft durchsetzen. „Frühzeitige Interessenvertretung und Einflussnahme auf Entscheidungsträger habe ich in vielen Gremien wahrgenommen. Dabei ist mir vertrauensvolle, von gegenseitigem Respekt getragene Zusammenarbeit der Beteiligten wichtiges Ziel“, erklärte sie. Für die Arbeit in der kfd sei ihr die Unterstützung von Frauen für Frauen einer der wichtigsten Aufträge. Dabei sieht Opladen das Handlungsfeld der kfd sowohl im kirchlichen als auch im politischen Raum.

Prominente Gäste aus Kirche und Politik würdigten bei einem abendlichen Fest gemeinsam mit kfd-Vertre-

terinnen Magdalena Bogners außerordentliche Leistungen an der Spitze des Verbandes. Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz (DBK) und Erzbischof von Freiburg, Dr. Robert Zollitsch, lobte Bogners professionelles kirchen- und gesellschaftspolitisches Engagement, das immer auf der Basis des christlichen Werteverständnisses basierte: „Für dieses Engagement danke ich Ihnen persönlich; unsere Kirche braucht solche Frauen und Männer, die auf diese Weise Kirche in der Öffentlichkeit repräsentieren und als Christen aktiv unsere Gesellschaft mitgestalten“, so der DBK-Vorsitzende.

Die Bundestagsabgeordnete Ingrid Fischbach, Vorsitzende des Katholischen Deutschen Frauenbundes, und Brunhilde Raiser, Vorsitzende des Deutschen Frauenrates und Vorsitzende der Evangelischen Frauen in Deutschland (EFiD), hoben den besonderen Einsatz Bogners für die Rechte der Frau und die Ökumene hervor. Mit einem bunten Programm, moderiert von der stellvertretenden Bundesvorsitzenden Ute Schröder, dankten und verabschiedeten Delegationen der Diözesanverbände, Mitarbeiterinnen der Bundesgeschäftsstelle und der Bundesvorstand die scheidende Vorsitzende.

Magdalena Bogner bedankte sich abschließend ihrerseits für die gute Zusammenarbeit in und für die kfd. „In der kfd sind wir eine Weggemeinschaft mit dem Bemühen, für Frauen Raum zu schaffen. Ich wünsche allen Frauen in der kfd, dass die Einheit zwischen lebendiger Gottesbeziehung und politischem Handeln die Einheit bleibt, die sie in der kfd leben.“

Magdalena Bogner prägte die Verläufe und politischen Entscheidungen der kfd in ihrer elfjährigen Amtszeit maßgeblich. Geboren 1947, war sie nach dem Studium der katholischen Theologie und Germanistik zwischen 1970 und 1997 als Lehrerin in unterschiedlichen Schulformen beschäftigt. Sie ist verheiratet und Mutter von vier Kindern. Neben ihrer Tätigkeit für die kfd war und ist sie Vizepräsidentin des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und in weiteren kirchlichen und gesellschaftlichen Organisationen engagiert.

Fotos unter: www.kfd-bundesverband.de/service/foto.php

KFD-JUBILÄUMSFEST MIT KANZLERIN, KARDINAL UND BISCHÖFIN:

Ein neues Kapitel in der Erfolgsgeschichte

Der kfd-Bundesverband feierte am 15. Juni im Congress Centrum Mainz sein 80-jähriges Bestehen. Zahlreiche prominente Persönlichkeiten aus der katholischen und evangelischen Kirche sowie aus Gesellschaft und Politik gratulierten dem größten Frauenverband Deutschlands zum Jubiläum. Den Festvortrag hielt Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel.

(EB) Eröffnet wurden die Feierlichkeiten mit einem Gottesdienst in der Pfarrkirche St. Stephan, dem der Mainzer Bischof Kardinal Karl Lehmann vorstand. Er bezeichnete die Arbeit der kfd als eine „Erfolgsgeschichte“. „Gerade der leidenschaftliche Einsatz für die Belange der Frau, der aus dem Herzen kam und die Herzen anderer weckte, hat die Sache der Frau – auch in der Kirche – vorwärts gebracht“, sagte der langjährige Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz. Er dankte auch dafür, dass sich die kfd den gesellschaftlichen Herausforderungen gestellt habe: „Sie haben sich nicht abbringen lassen, die Lebenswirklichkeit der Frauen heute, besonders der jungen Frauen, ganz ernst zu nehmen.“

Weiter sagte der Kardinal, dass es die Mitglieder der kfd verstanden hätten, „die oft recht verschiedenen Anliegen und Bedürfnisse der Frauen in Kirche und Gesellschaft miteinander und in einem eindrucksvollen Austausch zu vertreten“. Die kfd habe sich für die älteren Frauen ebenso eingesetzt wie für die jungen Frauen und deren neue Herausforderungen. „Unersetzlich ist Ihr Wirken in diesen Jahrzehnten in so vielen Pfarrgemeinden unserer Kirche“, unterstrich Lehmann. Er hob hervor, dass die kfd in den Jahrzehnten ihres Bestehens mutig an den Auseinandersetzungen um die „großen Fragen zur Stellung und Würde der Frau“ teilgenommen und sich nicht „in eine wohlige Nische des Kircheninneren“ zurückgezogen habe.

Bei der anschließenden Festveranstaltung im Congress Centrum würdigten die Bischöfin für Hamburg in der Nordelbischen Ev.-Luth. Kirche, Maria Jepsen, und Prof. Dr. Hans Joachim Meyer, Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken, in so genannten „Blitzlichtern“ die Verdienste der kfd. Bischöfin Jepsen erklärte, nicht nur mit den Weltgebets-

tagen hätten die Frauen gezeigt, dass es auf das Gemeinsame ankomme. In Zeiten, in denen Bischöfe beider Konfessionen noch nachdachten, hätten die Frauen bereits gehandelt. „Bleiben Sie dran, mit uns auf dem Weg – um der Kirche, um Gottes Willen!“

Prof. Dr. Hans Joachim Meyer betonte die maßgebliche Rolle der Frauen in der Kirche: „Bisher hat mich kein Argument gegen die Teilhabe von Frauen am geistlichen Amt überzeugt.“ Er sehe aber einen „riesigen Wall aus Tradition und Emotion“. Meyer wünschte der kfd Selbstvertrauen, Ausdauer und Augenmaß auf dem weiteren Weg mit der Kirche durch die Geschichte.

Merkel: „Verachtet mir vor allem nicht die kfd“

Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel leitete ihren Festvortrag mit Glückwünschen zum tags zuvor verabschiedeten Leitbild und dem Motto „kfd – leidenschaftlich glauben und leben“ ein. Der Slogan gefalle ihr „sehr, sehr gut“. Nachfolgend Auszüge aus ihrer Rede: „Im Laufe der Jahrzehnte mögen sich die Herausforderungen, vor denen Frauen stehen, gewandelt haben. Man kann aber sagen, dass Sie eine starke Gemeinschaft geblieben sind – stark nicht nur deshalb, weil Sie über 600.000 Mitglieder haben, sondern auch stark wegen eines festen Fundaments im Glauben und eines festen Fundaments gemeinsamer Werte sowie stark wegen klarer Vorstellungen von der Rolle der Frauen in der Zukunft.“

Das hat etwas mit meiner Entscheidung zu tun, heute Morgen hier bei Ihnen zu sein. Denn durch meine Anwesenheit möchte ich Ihnen auch ein herzliches Dankeschön für Ihre Arbeit sagen, ein Dankeschön aus der Welt der Politik, ein Dankeschön aus einer Welt, in der wir wissen, dass wir ganz arm dran wären, wenn wir nur noch

Gesetze verabschieden würden, aber keine Menschen mehr hätten, die diese Gesellschaft menschlich gestalten.

Wir wissen, auf welche Weise Sie unsere Welt lebendig halten. Mir ist heute bei den Worten, die ich schon gehört habe, ein kleines Stück aus Richard Wagners ‚Meistersingern‘ eingefallen. Dort heißt es: ‚Verachtet mir die Meister nicht!‘ Ich möchte der katholischen Kirche, aber auch unserer gesamten Gesellschaft zurufen: Verachtet mir die Frauen nicht! Verachtet mir das Ehrenamt nicht! Verachtet mir vor allen Dingen die kfd nicht! (...)

Um Solidarität, um Gerechtigkeit und um Freiheit zu leben, bedarf es eines Fundaments von Werten. Das kommt in vielen Fällen zumindest für mich aus dem christlichen Glauben. Dann kommt man nicht zu dem rudimentären Freiheitsverständnis, dass man frei von allem ist, was einem irgendwie Mühsal bereiten könnte. Vielmehr ist uns die Freiheit so gegeben, dass wir frei zu etwas sind: zu einer Bindung, zur Gemeinschaft, zum Engagement, zum Leben in einer Gemeinschaft, die möglichst viel Gerechtigkeit erzeugen und erleben will.

In diesem Sinne glaube ich, dass wir Ihre Arbeit, die Arbeit der kfd und die Arbeit vieler anderer Gruppen und Institutionen in unserer Gesellschaft dringender denn je brauchen. In diesem Sinne glaube ich, dass diese Arbeit Anerkennung erfahren muss – Anerkennung, die auch darin bestehen kann und muss, dass die Kirchen Sie in den nächsten Jahrzehnten mindestens so viel achten wie bisher. Ich wollte mich nicht weiter einmischen. Den Rest müssen Sie selbst erledigen. In diesem Sinne ist Ihre Arbeit aktueller denn je. Ich bin zutiefst davon überzeugt, dass Ihre Arbeit nicht einfacher werden wird. Sie wird anders werden. Aber die Fragen, nach welchen Werten man in unserer einen und sehr komplizierten und vielfältigen Welt lebt, wie man teilen muss, wie man an die Zukunft denken muss, all diese Fragen bleiben spannend.“ (...)

Die Rede der Bundeskanzlerin im Wortlaut und Fotos vom Festakt stehen im Netz: www.kfd-bundesverband.de/aktuell/meldungen/2008_69_aktuell.php

VERBÄNDE-RENTENMODELL IN BERLIN PRÄSENTIERT:

Nicht klagen – handeln

Bei einem Parlamentarischen Abend in Berlin stellten Anfang Juni katholische Verbände ihr gemeinsames Rentenmodell Abgeordneten aller im Bundestag vertretenen Parteien vor. Für die kfd sprach die scheidende Bundesvorsitzende Magdalena Bogner.

(PM) Die Herausforderungen, die der demographische Wandel sowie die Veränderungen in der Arbeitswelt und in den Lebensläufen der Bürgerinnen und Bürger an die Rentenversicherung stellen, werden einer breiten Öffentlichkeit mehr und mehr bewusst. „Es genügt aber nicht, das Problem zu kennen und zu beklagen. Entscheidend ist: Jetzt muss gehandelt werden.“ Mit diesen Worten eröffnete Elisabeth Bußmann (Familienbund der Katholiken)

die Veranstaltung. kfd, Familienbund der Katholiken, Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, Kolpingwerk und Katholische Landvolkbewegung haben mit ihrem Vorschlag für eine Weiterentwicklung des Rentensystems eine Alternative entwickelt, die sich nach einer Prüfung durch das ifo-Institut auch rechnet. Grundlegendes Ziel des Rentenmodells ist soziale Sicherheit im Alter und die Stärkung des solidarischen Ausgleichs in der Gesellschaft.

Der Vorsitzende des Bundestagsausschusses für Arbeit und Soziales, Gerald Weiß, nannte das Rentenmodell in einer Diskussionsrunde mit den Verbandsvertretern und -vertreterinnen „eine große Lösung, die des gesellschaftlichen Diskurses wert ist“. Magdalena Bogner sprach zum Ende der Veranstaltung die Hoffnung aus, dass der Parlamentarische Abend ein guter Einstieg in eine tiefergehende politische Debatte gewesen sei. Mehr Infos zum Rentenmodell im Netz: www.buendnis-sockelrente.de

50 JAHRE MISSIONSÄRZTLICHE SCHWESTERN IN DEUTSCHLAND:

Ein Orden ohne Nachwuchssorgen

(PM) Die Missionsärztlichen Schwestern feierten am 22. Juni ihr 50-jähriges Bestehen in Deutschland. Der katholische Frauenorden hat nach eigenen Angaben im Gegensatz zu vielen anderen Gemeinschaften keine Nachwuchssorgen: Die Hälfte der Schwestern sei unter 50 Jahren.

Die Missionsärztlichen Schwestern engagieren sich aktiv für Frieden und soziale Gerechtigkeit und beteiligen sich am interreligiösen Dialog. Missionsärztliche Schwestern sind in Deutschland zum Beispiel in einer Ambulanz zur medizinischen Versorgung von Wohnungslosen tätig,

begleiten ehemalige Zwangsprostituierte, arbeiten in der Drogentherapie, in der Seelsorge für Gehörlose, Alte und Kranke oder in einer Lebensberatungsstelle für Menschen auf der Suche nach Heilung und Spiritualität.

Gegründet wurden die Missionsärztlichen Schwestern von der jungen österreichischen Ärztin Anna Dengel 1925 in Washington/USA. Die erste Niederlassung in Deutschland eröffneten sie 1958 in Mödrath, Diözese Essen. Zur deutschen Gemeinschaft zählen 31 Schwestern. Weltweit sind es 625 Frauen. Mehr Infos im Netz: www.missionsaerztliche-schwestern.org

KURZ NOTIERT

Erste Generalsekretärin

(KNA) Erstmals in ihrer 60-jährigen Geschichte bekommt die deutsche Sektion von Pax Christi eine Generalsekretärin: Christine Hoffmann (47) tritt das Amt am 1. Oktober an. Sie arbeitet jetzt als Referatsleiterin im Berliner Büro des Bundes der Deutschen Katholischen Jugend.

Paulusjahr online

(KNA) Die Deutsche Bischofskonferenz hat zur 2000-Jahr-Feier der Geburt des Apostels Paulus eine eigene Website geschaltet. Unter www.dbk-paulusjahr.de finden sich neben Grundinformationen über Paulus auch Literatur- und Materialhinweise, liturgische Anregungen, Veranstaltungstermine und aktuelle Nachrichten. Das Paulusjahr wurde am 28. Juni eingeläutet.

Walburga Maria Scheibel

(bro) Die 59-jährige Ordensschwester aus der Gemeinschaft der Franziskanerinnen von Reute ist als Nachfolgerin von Schwester Cäcilia Höffmann (68) zur neuen Generalsekretärin der Deutschen Ordensobernkongress (DOK) gewählt worden. Die DOK, der 430 Obere und Oberinnen angehören, vertritt die Interessen aller Ordensgemeinschaften in Deutschland.

Mobbing in der Kirche

(epd) Landesbischöfin Margot Käßmann hat in der Kirche Mobbing gegen Frauen und sexuelle Belästigungen bis hin zu Übergriffen angeprangert. Sie habe in letzter Zeit mehrere Beschwerden von Frauen erhalten und spreche sich deshalb für ein Gleichstellungsgesetz in der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Hannovers aus. Die Landessynode beschloss, ein solches Gesetz auf den Weg zu bringen.